

Erfolge für Ostdeutschland

Die Bundesregierung will die innere Einheit Deutschlands sozial und wirtschaftlich vollenden. Sie sorgt für gute Lebensbedingungen in Stadt und Land und investiert in den sicheren, nachhaltigen und zukunftsorientierten Strukturwandel in Ostdeutschland. Mit der Ansiedlung des Ostbeauftragten im Bundeskanzleramt hat Olaf Scholz das Thema zur Chefsache gemacht.

- **Versorgungssicherheit und nachhaltiger Strukturwandel:** Das Zukunftsprogramm für die Raffineriestandorte Schwedt, Leuna und den Energiehafen Rostock sichert die bestehende Versorgung und schafft Perspektiven für neue Investitionen, u.a. mit einem Sonderprogramm von über 1,3 Milliarden Euro (Anteil Bund ca. 72%). Kurzarbeit oder gar Entlassungen wurden vermieden.
Die Errichtung eines LNG-Terminals in Mukran ist ein weiterer Meilenstein für die Versorgungssicherheit. Für den nachhaltigen Strukturwandel im mitteldeutschen Revier und der Lausitz stellt der Bund mehr als 25 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Ansiedlung von zwei neuen Großforschungseinrichtungen und die Eröffnung des Bahnwerks in Cottbus zeigen: Die Bundesregierung steht zu ihren Zusagen.
- **Marinearsenal in Rostock:** Der Bund übernimmt einen großen Teil der MV Werften in Rostock und schafft einen neuen Standort für ein Marinearsenal mit 500 Dienstposten.
- **Einrichtungen nach Ostdeutschland:** Die Bundesregierung siedelt neue Bundeseinrichtungen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen vorrangig im Osten an. Die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) wird ihren Sitz in Erfurt haben. Die Bundeswehr stationiert ein neues Logistikbataillon in der Lausitz.

- **Ansiedlungserfolge:** Der Vorsprung bei den Erneuerbaren Energien und verfügbare Flächen in Ostdeutschland ziehen internationale Investoren an: Tesla in Grünheide, Intel in Magdeburg oder TSMC in Dresden. Die Bundesregierung fördert die Ansiedlungen der Halbleiterindustrie.
- **Gleichwertige Lebensverhältnisse:** Von der Erhöhung des Mindestlohns zum 1. Oktober 2022 auf 12 Euro haben mehr als eine Million Beschäftigte in Ostdeutschland profitiert. Lohnunterschiede zwischen Ost und West sollen durch ein neues Tariftreuegesetz weiter verringert werden.
- **Härtefallfonds:** Zur Abmilderung von Härten aus der Ost-West-Rentenüberleitung hat die Bundesregierung eine Stiftung des Bundes geschaffen. Betroffenen können auf Antrag eine pauschale Einmalzahlung erhalten.
- **Stopp der Privatisierung:** Die Bundesregierung hat die Privatisierung von landwirtschaftlichen Flächen durch die Bodenwertungs- und verwaltungs GmbH (BVVG) in Ostdeutschland gestoppt. Ein Großteil der noch vorhandenen 91.000 ha sind künftig für die Verpachtung vor allem an ökologisch bzw. nachhaltig wirtschaftende Betriebe vorgesehen.
- **Zukunftszentrum für Deutschen Einheit und Europäische Transformation:** Eine unabhängige Jury hat die Stadt Halle an der Saale als Standort vorgeschlagen. Die Vorbereitungen für den Architekturwettbewerb und die Gründung der Trägergesellschaft laufen.
- **Verbesserte Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen und Entscheidungsgremien:** Das Bundeskabinett hat ein Konzept beschlossen, um den Anteil von Ostdeutschen in Führungspositionen der Bundesverwaltung zu steigern.